

VORARLBERG-WAHL Mit Antisemitismus zum Wahlerfolg

Der Vorarlberger Nibelungenstadt Hohenems (15.340 Einwohner) mit dem über die Grenzen der Region hinaus bekannten jüdischen Museum war bis vor einigen Monaten ein ruhige Ort. Im Wahlkampf kam Hohenems plötzlich zu ungewollter Berühmtheit, als Dieter Egger (FPÖ), ein gebürtiger Hohenemser, den Museumsdirektor Loewy beim offiziellen Wahlkampfauftakt der FPÖ als „den Exil-Juden aus Amerika in seinem hochsubventionierten Museum“ bezeichnete.

Die Kommentatoren der österreichischen Zeitungen haben das starke Abschneiden der FPÖ ins Zentrum ihrer Analysen zum Landtagswahltag am 20. September in Vorarlberg gestellt:

Kurier – „Ein dramatischer Wahlsonntag im Westen war das“, konstatiert Josef Votzi. „Angesichts bleiern matter Umfragen (...) setzte FPÖ-Chef Dieter Egger mit Wahlkampfstart auf das Motto 'Wer provoziert, gewinnt'. (...) Kurzfristig ist das zynische blaue Kalkül, Provozieren um jeden Preis, am gestrigen Wahltag aufgegangen. Politisch haben sich die Blauen mit dem Verlust des Regierungssitzes ins Out manövriert.“ Die Lehren auf Bundesebene? „Jene bis zu 30 Prozent, die sich österreichweit in Krisenzeiten vermehrt als Modernisierungsverlierer fühlen, suchen ihr Heil einmal mehr mit einer Fahrt ins Blaue“, so Votzi weiter. „Ein klares Nein zum frivolen Spiel mit Antisemitismus und Fremdenhass wird aber vom großen Rest der Wähler honoriert. Wer dazwischen laviert wird gnadenlos aufgegriffen.“

Standard – „Der FPÖ-Spitzenkandidat Dieter Egger hat mit seinen provokanten Äußerungen erst über Fremde und dann über Juden genau jene Stimmenmaximierung erreicht, an der ihm gelegen war“, schreibt Conrad Seidl. „Heißt das, dass ein Viertel der Vorarlberger den Antisemiten oder gar Nazis zuzurechnen sind? Natürlich nicht. Aber es bedeutet, dass eine beachtliche Zahl von Wählern nicht durch entsprechende Äußerungen abgeschreckt wird.“ Die SPÖ sei in einer „höchst un-

befriedigenden Situation“, den Grünen attestiert Seidl, sich „gut geschlagen“ zu haben. Seidls Resümee: „Für Sausgruber hat sich die Entscheidung gegen die FPÖ ebenso gelohnt wie die Drohung, bei Verlust der absoluten Mehrheit zu gehen: Wer den bewährten Landeshauptmann Sausgruber haben wollte, musste ihn auch wählen - wer nicht, der konnte zum Teufel gehen (oder zur FPÖ). Das war eine klare Alternative, mit der die anderen Parteien weitgehend an die Wand gespielt worden sind.“

Presse – „(...) die Entscheidung der Viertelmillion Wahlberechtigten im westlichsten Bundesland stellt nicht nur die politische Landschaft im kleinen Vorarlberg auf den Kopf. Die FPÖ als locker zweitstärkste Kraft hat die SPÖ zu einer Minorität degradiert, und die Erschütterungen

dieses rot-blauen Verdrängungswettbewerbs strahlen weit über den Arlberg hinaus bis nach Wien aus. Es ist bestimmt keine ausreichende Erklärung, die massiven blauen Zuwächse auf den dummen antisemitischen Ausfall von FPÖ-Landeschef Egger gegen einen vermeintlichen 'Exiljuden aus Amerika' beim Wahlkampfauftakt zurückzuführen. Die FPÖ hat vor allem mit ihrem Antiausländerkurs gepunktet. (...) Die SPÖ-Bundesführung ist darüber hinaus mit ihren Warnungen vor den blauen Schmutzkindern im rechten Eck nicht glaubwürdig. (...) Bei Bundeskanzler SPÖ-Chef Werner Faymann muss spätestens nach diesem Sonntag endgültig der Angstschweiß ausbrechen. (...) Für Kurzzeit-SPÖ-Darling Faymann wird die Situation in der Regierung nach der Oberösterreich-Wahl extrem ungemütlich werden.“, schreibt Karl Ettinger

OBERÖSTERREICH:

Hetze und Nähe der FPÖ nach Rechtsaußen

Am 27. September wird auch in Oberösterreich gewählt.

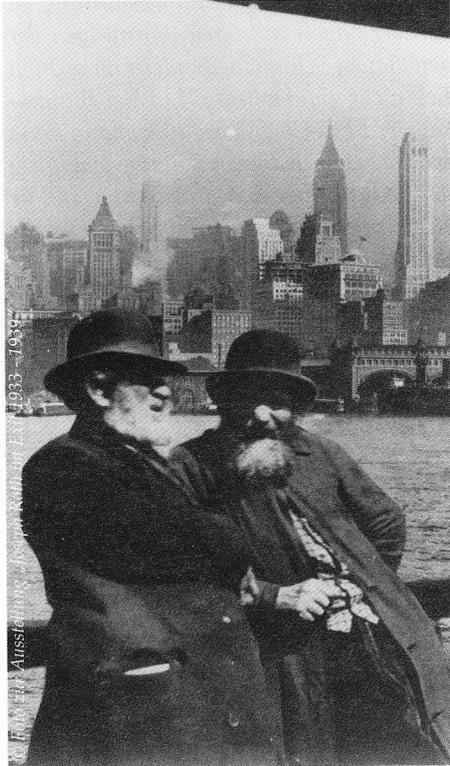
66% der OberösterreicherInnen bestätigen laut Sora-Umfrage, dass FPÖ-Politiker mit ihren Aussagen die unterschiedlichsten Gruppen in der Gesellschaft gegeneinander aufhetzen. FPÖ-Spitzenkandidat Haibuchner hat die Vorwürfe Richtung Hetze zurückgewiesen und die Grünen aufgefordert, Beispiele zu liefern. Diese kamen der Aufforderung gerne nach:

- ☛ Oberösterreichs FPÖ hat sich von der Skandalaussage ihres Vorarlberger Parteifreundes Egger bis heute nicht distanziert. Die FPÖ Oberösterreich schweigt und die Bundes-FPÖ legitimiert die beschämenden Aussagen;
- ☛ ob Rechtsaußen-Aussagen von Strache oder Graf - in keinem einzigen Fall hat es eine Distanzierung durch die FPÖ Oberösterreich gegeben;
- ☛ die FPÖ deckt die beschämenden Aufkleber („Zuwanderung kann tödlich sein“) ihrer Jugendorganisation RFJ, gegen die Anzeige durch den Stardirigenten Dennis Russel Davies eingebracht wurde;
- ☛ mehrere Funktionäre des RFJ haben in den vergangenen Jahren auch beim rechtsextremen BFJ mitgearbeitet. Über den BFJ schreibt Verfassungrechtsexperte Heinz Mayer: „Offenkundige und verbrämte Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen und Maßnahmen, zynische Leugnung von nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen, eine hetzerische Sprache mit deutlich aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und ‚Volksfremde‘ sowie eine Darstellung ‚des Deutschen‘ als Opfer sind typische und stets wiederkehrende Signale“.
- ☛ der FP-Spitzenkandidat für die Linzer Gemeinderatswahlen, Detlef Wimmer, formulierte laut OÖN: „Wenn die Zuwanderung aus dem Ausland weiterhin so stark bleibt, besteht langfristig die Gefahr, dass unser eigenes Volk ausstirbt.“
- ☛ FP-Oberösterreich-Chef Weinzinger laut OÖN: „Jede blonde, blauäugige Frau - das heißt jede Frau mit deutscher Muttersprache - braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Türkinnen ein“, hat FPÖ-Landesobmann Lutz Weinzinger öffentlich erklärt (‘OÖ. Nachrichten’, 19. September 2008).
- ☛ Im Linzer Gemeinderat hat die FPÖ als einzige Fraktion einen Antrag abgelehnt, der „demokratie- und fremdenfeindliche sowie rechtsextreme Tendenzen“ verurteilt und sich für „Pluralität, Demokratie und Weltoffenheit“ ausspricht (Protokoll der Linzer Gemeinderatssitzung vom 12. März 2009).
- ☛ Auf der Kandidatenliste der FPÖ in Linz stehen z.B. ein ehemaliger Aktivist der deutschen Republikaner und ein Ehemaliger der VAPO an wählbarer Stelle.
- ☛ Dazu hat das oö. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus vor wenigen Wochen eine Fülle von Belegen publiziert. ... uswuf.

HINTERGRUND

Der Exiljude

Von Alexia Weiss



Den Begriff Exiljude hat der bis vor kurzem weitgehend unbekannt Chef der Vorarlberger FPÖ, Dieter Egger, nicht erfunden. Auch in jüdischen Kreisen wird von Exiljuden gesprochen, wenn man Personen meint, die vor dem NS-Terror flüchteten, zumeist in die USA, und an diesem neuen Ort ein zweites Leben begannen. In diesem Fall schwingt meist etwas Nostalgie mit, es geht oft um Anekdoten aus dem Leben mehr oder weniger berühmter ehemaliger österreichischer Juden, es geht darum eine Verbindung herzustellen zwischen Leben eins hier zu Lande und Leben zwei anderswo. Leider gibt es nicht mehr viele Lebendiger dieser Generation.

Einen negativen Subton erfährt der Begriff, wenn er von Israelis für nicht in Israel lebende Juden verwendet wird. Das meint jedenfalls *Amnon Raz-Krakotzkin*, Experte für Jüdische Geschichte an der Ben Gurion Universität in Beer Sheva. Er kritisiert immer

wieder den israelischen Nationalismus und meint, die zionistische Bewegung basiert auf einer kategorischen Ablehnung der Diaspora. Daher sei in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung streng zwischen Exiljuden und neuen Juden – jenen also, die in ihr angestammtes Heimatland Israel zurückkehren – unterschieden worden.

Baut Egger hier also mit seinem Wahlkampf-Sager, der Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, *Hanno Loewy*, sei ein „Exiljude aus Amerika in seinem hochsubventionierten Museum“, den die Innenpolitik nichts angehe (Loewy hatte zuvor in einem Offenen Brief auf den ausländerfeindlichen Wahlkampf der FPÖ in Vorarlberg hingewiesen, wo am 20. September der Landtag neu gewählt wurde), gar auf einer israelischen Konzeption auf? Nur: wie sinnvoll ist es, einen Begriff aus der österreichischen Perspektive zu verwenden, der nur aus der israelischen Perspektive Sinn macht?

Gar nicht, meint *Martin Blumenau* in seinem Blog auf fm4.at, der Internet-Präsenz des ORF-Radiosenders FM4 nach. Der Begriff sei eben nur von Israel aus anwendbar. Der Begriff sei hier „fehl am Platz und falsch eingesetzt“, und werde durch den von FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache in diesem Zusammenhang genannten früheren SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky, der auch Exiljude gewesen sei, auch nicht richtiger. Denn, so Blumenau: „Bruno Kreisky war genauso wenig wie abertausende andere Österreicher, die vom Nazi-Terror enteignet und vertrieben wurden, die rechtzeitig flüchten konnten, um so ihrer flächendeckenden Ermordung zu entgehen, ein Exiljude, sondern Exil-Österreicher.“ Außerdem: auch der Dalai Lama sei kein Exil-Buddhist, sondern ein Exil-Tibeter. Der Begriff Exil bedinge eine Nation. „Selbstverständlich werden immer wieder Menschen aus religiösen Gründen ins Exil vertrieben, es kann allerdings nur ein geographisches sein. Es gibt kein religiöses Exil.“

Passender Begriff oder nicht: Fakt ist – Loewy befindet sich weder im Exil noch ist er Amerikaner. Die Frage wäre allemal, befindet sich ein Deutscher, der in Österreich ein Museum leitet, im Exil? Was also schwingt hier mit – und was davon ist wiederum bewusst

lanciert, um antisemitische Ressentiments zu schüren und bei der bevorstehenden Landtagswahl Stimmen zu bringen? Der Wahlkampfauftritt Eggers wurde von jener Werbeagentur inszeniert, die auch den Schweizer populistischen Rechts-Außen-Politiker Christoph Blocher betreut. Deutet das auf eine vorab fixierte Strategie hin? Wirkt Antisemitismus vor Wahlen stimmerhöhend bei potenziellen Blauwählern?

Es ist der Betroffene selbst, der hier eine andere Perspektive einnimmt. Es sei wohl mit Egger „durchgegangen“. Dass es mit Egger „so durchgegangen“ sei, „zeigt doch, dass der Affekt ziemlich tief sitzen muss“, so Loewy in den ‚Vorarlberger Nachrichten‘. In einem Interview mit der „Presse“ meint er, wenn man tatsächlich „Exiljude aus Amerika“ wäre, wäre gegen die Wortwahl Eggers nichts einzuwenden. „Aber wenn man keiner ist und der, der das sagt, das weiß, wird es interessant“. Denn, so Loewy: „Ich bin in Frankfurt geborener Jude und lebe in Vorarlberg. Ich bin nicht im Exil, sondern freiwillig und auf Einladung hier. Wenn jemand eindeutig etwas sagt, was nicht stimmt, muss er etwas damit meinen. Also zwingt er uns jetzt darüber nachzudenken, was er meint.“

Was er meint, das haben die Regierungsparteien auf Bundesebene, SPÖ und ÖVP, das haben die Grünen, das hat auch der amtierende Vorarlberger Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP) umgehend auf den Punkt gebracht: hier kommt Antisemitismus zum Ausdruck. Das Wahljahr 2009 lässt erahnen, womit beim Wiener Wahlkampf kommendes Jahr zu rechnen ist. Der EU-Wahlkampf zeichnete sich durch mehrere antisemitische Attacken der FPÖ aus (Inserate, die vor einem gar nicht angestrebten Israel-Beitritt zur EU warnen; ein Dritter Nationalratspräsident, der IKG-Präsident Ariel Muzicant als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“ bezeichnet). In Oberösterreich wollte gar eine klar rechtsextreme Partei, die Nationale Volkspartei (NVP), zur Landtagswahl antreten. Und nun in Vorarlberg die – geplante oder ungeplante – Entgleisung Eggers. Wieder einmal wird der Wähler entscheiden. Wie, das wissen wir am 20. September.

Antisemitismus – ein unausrottbares Phänomen?

VON DORI MUCH

Nur konsequente Aufklärung und Ächtung der Hetzer könnten den Judenhass aus der Welt schaffen.

Der Antisemitismus in Mitteleuropa ist ein uraltes und scheinbar unausrottbares Phänomen. Obwohl heute in Österreich, als Folge des Holocausts, nur noch wenige tausend Juden leben (fast ausschließlich in Wien), zeigen alle repräsentativen Umfragen der vergangenen Jahrzehnte, dass sich an der negativen Grundeinstellung der Bevölkerung zum Judentum nicht viel geändert hat.

Der aus dem 19. Jahrhundert stammende Begriff „Antisemitismus“ wird als feindliche Einstellung gegenüber Juden als Personen oder dem Judentum als Konfession definiert.

„Antisemitismus“ – ein geläufiger, aber unsinniger Ausdruck, da Judentum mit Rassenzugehörigkeit nichts zu tun hat und die meisten Juden außerhalb Israels nicht einmal hebräisch (also eine semitische Sprache) sprechen – ist nach all den ausgewerteten Umfrageergebnissen der vergangenen Jahren zwar „nur“ noch bei einem harten antisemitischen Kern von zehn bis 15 Prozent der Österreicher deutlich ausgeprägt; Vorurteile, ohne ausgesprochene Hassgefühle gegen Juden, finden sich hingegen bei rund 75 Prozent der Befragten. Das bedeutet aber auch, dass nicht jeder Mensch, der bestimmte antijüdische Vorurteile hegt, automatisch als Antisemit bezeichnet werden kann, weil Vorurteile nicht zwangsläufig zu feindlichen Gefühlen führen müssen. Doch, dass Vorurteile und Hassgefühle gegen bestimmte Menschengruppen eng miteinander zusammenhängen, kann nicht geleugnet werden.

Biologisch gefärbte Schlussfolgerung

Bei den typischen antijüdischen Vorurteilen muss zwischen vielfältigen negativen und positiven Klischees unterschieden werden. Denn wenn jemand beispielsweise meint, dass Juden „tüchtiger“, „schlauer“ oder „intelligenter“ als Nichtjuden seien, heißt das

wiederum nichts anderes, als dass „sie eben doch von Natur aus anders sind“ – eine nicht ungefährliche, weil biologische gefärbte Schlussfolgerung.

Antijudaismus – die korrekte Bezeichnung des Phänomens der Ablehnung des Judentums aufgrund religiöser Vorurteile – hat in christlichen Ländern eine fast zweitausend Jahre alte Tradition. Selbst wenn die Religion heute nicht mehr die dominierende Rolle im Leben der Bevölkerung spielt wie in vergangenen Zeiten, ist dennoch unbestreitbar, dass schon die Jüngsten seit jeher mit den massiven antijüdischen Beschuldigungen und antijüdischen Klischees des Neuen Testaments aufgewachsen sind. Typische derartige Antijudaismen sind u.a.: „geldgierige Gesellen“ (Mk 12,32–37); „Gottes- und Prophetenmörder und Feinde aller Menschen“ (1.Thes 2,14ff); „Kinder des Teufels“ (Joh 8,37–44); „widerspenstiges Volk“ (Röm 10,21); „Diebe und Heuchler“ (Röm 2,22–37); „Schlangengebrut“ (Lk 3,7). Es kann daher nicht bestritten werden, dass der „moderne“ antisemitische Judenhass eng mit dem uralten Antijudaismus der Kirche zusammenhängt.

Doch das moderne Christentum hat längst einen Neuanfang gesetzt. Schon im August 1948 haben bei der Gründung des Weltkirchenrates in Amsterdam 146 Kirchen den Antisemitismus als Sünde gegen Gott und die Menschen verurteilt und mit dem 2. Vatikanischen Konzil (1959) kam es auch zu einer Kehrtwende der katholischen Kirche in Bezug auf sämtliche Formen des Judenhasses. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche vertreten heute die Lehre, dass es keine Kollektivschuld der Juden geben kann für das, was vor 2000 Jahren mit Jesus geschehen ist, dass die Juden nicht von Gott verstoßen wurden und der alte Bund von Gott nie aufgekündigt wurde. Sie bekräftigen, dass Jesus, Maria und alle Apostel Juden waren, dass die Aufforderung zur Nächstenliebe ein Eckpfeiler der Hebräischen Bibel („Altes Testament“) ist, und dass es zwischen Judentum und Christen-

Antisemitisches Wahlplakat 1920



tum eine Art Mutter-Tochter- bzw. Geschwisterbeziehung gibt.

Das Umdenken der Kirchen in Bezug auf das Judentum und der intensive christlich-jüdische Dialog haben sicherlich sehr viel Positives bewirkt, doch solange viele Menschen immer noch in den alten Denkschemata verharren und antijüdische Vorurteile hegen (wie der längst noch nicht überwundene Andererkult in Tirol beweist), bleibt für alle Gutwilligen noch viel zu tun.

Neben dem bereits besprochenen religiösen Antijudaismus gibt es aber noch andere Formen der Judenablehnung. Bekannt sind: der soziale Antisemitismus („jüdische Machenschaften im Handel und im Geldverkehr“), der politische Antisemitismus („Beherrschung der Welt“), der Rassenantisemitismus („Juden von Natur aus böse“) und – seit einigen Jahrzehnten – der antizionistische Antisemitismus.

Kritik ist legitim

Einzelmerkmale dieser neuartigen Variante des Antisemitismus, bei der man die „bösen“ Zionisten beschimpft und in Wirklichkeit „die Juden“ meint, sind: Ablehnung des Existenzrechts des jüdischen Staates, Verneinung des Anspruchs von Juden auf nationale Selbstbestimmung, Vergleiche von Israel mit Nazideutschland, die einseitige, meist schrille Verdammung Israels wegen wirklicher oder vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen, ohne sich jemals um entsetzliche Menschenrechtsverletzungen in anderen Welt-

gegenen zu kümmern, Negierung des Holocaust, Bezugnahme auf den „Gott der Rache“ im Alten Testament, Projektion der Politik Israels auf das Verhalten aller Juden der Welt und das Gutheiß von Anschlägen gegen unschuldige Personen jüdischer Abstammung in- und außerhalb von Israel. Diese Art des offenen und latenten Antisemitismus ist besonders bei Rechts- und Linksextremisten zu finden, aber auch im fundamentalistischen Islam.

An dieser Stelle muss aber betont werden, dass eine ausgewogene Kritik an der derzeitigen oder vergangenen Politik der israelischen Regierung nicht automatisch mit Antisemitismus gleichgesetzt werden kann. Eine fundierte, faire und konstruktive Kritik ist immer legitim und manchmal durchaus notwendig.

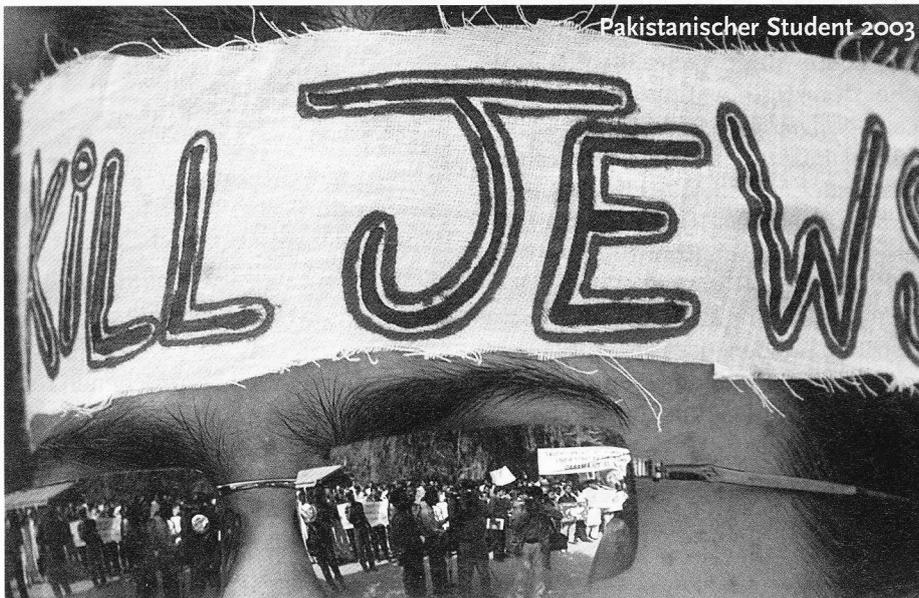
vorsichtiger formulieren, aber mit leisen Tönen Gleiches sagen wollen, unterschieden werden. Letztere sprechen gerne „von den Mächten der Ostküste“ oder versuchen, Juden als „übermäßig einflussreiche und heimatlose Gesellen“ darzustellen. Gleiches gilt für den Umgang mit kriminell gewordenen Personen (wie etwa Bernard Madoff). Sobald es sich um Juden handelt, wird ihre Religion genüsslich hervorgehoben. Ein ähnliches Denkmuster zeigt auch das Verhalten des Vorarlberger FPÖ-Politikers Dieter Egger, der im Zuge des Vorwahlkampfes der Landtagswahl 2009 den Direktor des Jüdischen Museums (einen gebürtigen Deutschen) in Hohenems als „amerikanischen Exiljuden“ beschimpft hat. Selbst wenn der Vorwurf, „Exiljude zu sein“, nicht als Straftat gewertet werden kann, ist die Absicht, die dahin-

Trauriger Graf

Der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf (F) ist „grundsätzlich traurig“, dass sich der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, nun doch nicht mit ihm treffen will. Dies sei eine „Dialogverweigerung“ - und eine solche sei „nicht besonders demokratisch“, sagte Graf gegenüber der APA. Ursprünglich hatte sich Muzicant bereit erklärt, nach seinem Urlaub einer Einladung Grafs zu einem Gespräch nachzukommen - nach den vor dem Sommer über die Medien geführten Auseinandersetzungen, weil Graf den IKG-Präsidenten „Ziehvater des antifaschistischen Linksterror“ nannte. In der „Presse“ teilte Muzicant aber mit, dass ein solcher Termin keinen Sinn mache und nur der PR Grafs dienen würde, weil beinahe täglich Aussagen und Provokationen zu hören seien. Graf meinte er werde sich dennoch weiterhin um einen Termin mit Muzicant bemühen, „meine Türen stehen immer offen“. Auf die Argumentation des IKG-Präsidenten ging er nicht näher ein. Er führte nur seine „berufliche und persönliche Erfahrung generell“ an, dass man „immer eine Ausrede findet, wenn man einen Termin nicht ernsthaft will“

Der FPÖ sei es nicht um die Deeskalation gegangen, „ihnen ging es angeblich darum, Missverständnisse aufzuklären. Ich bin aber nicht bereit, mit Graf und Co. über Missverständnisse zu verhandeln, weil es keine Missverständnisse gibt. Olympia ist eine rechtsextreme Organisation, Mitgliedschaft dort ist für einen Präsidenten des Nationalrats einfach nicht tragbar“, so Muzicant weiter. Auch die Argumentation von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache nach dem „Exiljuden“-Sager des freiheitlichen Spitzenkandidaten Dieter Egger lässt Muzicant nicht gelten. „Stimmt, es ist keine Beleidigung. Es ist Antisemitismus.“

Ganz klar spricht sich der IKG-Präsident für eine lückenlose Rehabilitation von Wehrmachts-Deserteuren, wie sie derzeit diskutiert wird, aus. „Natürlich. Ich bin nicht nur dafür, dass man sie rehabilitiert, ich bin auch dafür, dass man eingesteht, dass die bisherige Politik falsch war“, so Muzicant. „Straches Äußerung dazu ist rechtsextremistisches Gedankengut in Reinkultur und reiht



Bis vor einigen Jahren hielten sich Antisemiten mit offen vorgetragenen Verleumdungen von Juden weitgehend zurück. Doch nach und nach ändert sich das Bild. Offener und versteckter Antisemitismus wird gesellschaftlich und politisch immer mehr toleriert und die Bereitschaft der Bürger, der Justiz und der Politiker, gegen antijüdische Hetzer vorzugehen, nimmt langsam, aber sicher ab.

Eggers Antisemitismus

In diesem Zusammenhang muss gefragt werden, woran man denn einen Antisemiten erkennen kann. Hier kann zwischen denjenigen Personen, die ihre Judenfeindschaft offen artikulieren, und solchen Menschen, die weit

tersteckt, klar: Es kann angenommen werden, dass Dieter Egger bei der Erwähnung von nichtjüdischen Gegnern und Kritikern nie auf die Idee kommen würde, deren Religion an die große Glocke zu hängen.

Der Antijudaismus/Antisemitismus ist ein schwer zu behebendes und irritierendes Uraltphänomen, das nur durch konsequente Erziehung der Jugend, Aufklärung und gesellschaftliche bzw. politische Ächtung der Hetzer aus der Welt geschafft werden kann.

*Ersterscheinung: „Die Presse“,
Gastkommentar vom 05.09.09*

Anm. d. Redaktion: Die Staatsanwaltschaft Feldkirch ist nicht mehr gegen FPÖ-Chef Dieter Egger wegen Verdachts auf Verhetzung tätig.